

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mitteleuropa

Band IV/15

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mitteleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 10. November 1951 bis zum 9. Juli 1952

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mitteleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

10.11.1951

Ostdeutschland: Eine deutsche Internierte schreibt am 10. November 1951 aus Grudziadz (Graudenz) an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als ich ihr Päckchen erhielt, weinte ich. Aber es waren Tränen der Freude. Meine Dankbarkeit, daß sich doch noch ein guter Engel gefunden hat, der mich Waise, die auf der ganzen Welt niemanden mehr besitzt, getröstet hat, ist grenzenlos.

Ich schreibe diesen Brief und kann die Tränen nicht halten. Sie rinnen an meinen eingefallenen Wangen herab. Es ist mir, als ob ich an meine Lieben schreiben würde und nicht an Fremde, und mein Herz wird leichter. Vielleicht habe ich aber doch noch das Glück, irgendeinen Angehörigen zu finden. Denn wenn man überhaupt niemanden mehr hat, ist es sehr schwer, zu leben.

Doch ich bin jetzt nicht mehr verlassen. Sie denken an mich und ich werde geduldig warten, bis sie wieder schreiben. Und Gott der Allmächtige, Sohn und Vater, ist mit mir und wird es nicht zulassen, daß ich hier zuschanden gehe. Mein Glaube ist in mir, und er wird mich halten in den Stunden der Verzweiflung. ...<<

13.11.1951

Niederlande: Ein deutscher Gefangener schreibt am 13. November 1951 aus Den Haag an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Als einer der letzten 6 zum Tode verurteilten Gefangenen im niederländischen Gewahrsam ist mein Schicksal auch heute noch ungewiß.

Die Entscheidung über die Vollstreckung oder Umwandlung der Strafe ist noch nicht getroffen. ... Im siebenten Jahre Zuchthauszelle und Einzelhaft in der Ungewißheit letzten Geschickes ist die Sehnsucht groß nach Heimat und Familie und größer noch nach menschlichem Recht, das wandelbar wie das Glück geworden ist. ... So bleibt als Schwerstes die Sorge um die Angehörigen, deren Not man nicht zu lindern vermag.<<

18.11.1951

BRD: In Hannover gründen 4 Landsmannschaften und der "Zentralverband der vertriebenen Deutschen" den "Bund vertriebener Deutscher".

27.11.1951

DDR: Das Politbüro der SED ruft alle Parteimitglieder auf, die Arbeitsproduktivität zu steigern.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Arbeitsproduktivität in der SBZ (x009/33): >>Die Arbeitsproduktivität (Marx verwandte den Ausdruck "Produktivität der Arbeit") ist "der Wirkungsgrad zweckmäßiger produktiver Tätigkeit im gegebenen Zeitraum" ...

Da nach marxistischer Vorstellung nur die Arbeit Werte schaffen kann, gilt die Arbeitsproduktivität als einzig möglicher Produktionsfaktor. Deshalb ist das wichtigste Ziel der Arbeitspolitik, die Steigerung der Arbeitsproduktivität, da nur so die Werte geschaffen werden könnten, die für eine Erweiterung der Wirtschaftskapazität notwendig seien. Die Mittel zur Steigerung der Arbeitsproduktivität sind vor allem die Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung, die ständige Erhöhung der Arbeitsnormen, die Differenzierung der Löhne und die Qualifizierung der Arbeitskräfte. Praktisch führt das ständige Streben nach Erhöhung der Arbeitsproduktivität zu einer dauernden Ausbeutung der Arbeiterschaft.<<

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Ausbeutung in der SBZ (x009/44): >>Als "Ausbeutung des Menschen durch den Menschen" gilt in der marxistischen Theorie das Mißverhältnis von Arbeitslohn und Arbeitsleistung, die zu geringe Entlohnung des Proletariats durch den Kapitalisten, der sich den "Mehrwert" ausbeuterisch aneignet; Ausbeutung wird von Marx allein auf das "Privateigentum an den Produktionsmitteln" zurückgeführt. Die Abschaffung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die das Pro-

letariat automatisch von der Ausbeutung befreien und eine gerechte Entlohnung ermöglichen soll, ist eine der Kernforderungen des Marxismus und in der Sowjetunion seit 1917 theoretisch verwirklicht.

Dabei hat sich ergeben, daß der Staat als einziger Kapitalist oder Unternehmer ein neues System der Ausbeutung durch den sozialistischen Wettbewerb und weitere Zwangsmaßnahmen entwickelt hat. An Stelle der Einzelunternehmen verfügen im Bolschewismus die vom Staat eingesetzten Funktionäre über Machtvollkommenheiten, die kein Privatunternehmer in einem hochindustriellen Land besitzt. Ihnen obliegt es, die Erfüllung bzw. Übererfüllung der staatlich festgesetzten Leistungsnormen bei jedem Arbeitnehmer zu erzwingen, möglichst (um einen) sogenannten Planvorsprung zu erzielen und damit ein neues System der Ausbeutung des Menschen durch den Staat zu verwirklichen.<<

05.12.1951

Rumänien: Kronstadt in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der H. N. (x007/304): >>Seit 1950 gingen von Zeit zu Zeit Transporte nach Deutschland, weil ein deutsches Konsulat aus der DDR in Bukarest war.

Manche verkauften alles, um das nötige Geld für die Ausreise aufzubringen, denn alle hofften, zu ihren nächsten Angehörigen nach Deutschland fahren zu können. Eine Deutsche, die in meiner Straße in der Nachbarschaft wohnte, verkaufte ebenfalls alles. Als wir im Dezember 1951 ausreisen durften, blieb sie mit ihrem Sohn zurück. ... Sie hoffte, daß sie auch bald ausreisen würde, aber unser Transport war vorläufig die letzte Ausreiseaktion nach Westen.<<

08.12.1951

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland und Jugoslawien nehmen diplomatische Beziehungen auf (x006/625).

10.12.1951

Rumänien: Judet Tarnava-Mare in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der A. R. (x007/294): >>Ich beantrage ... meine Übersiedlung nach Deutschland zu meinem Mann.

Fast 2 Jahre lang mußte ich auf die Erledigung meines Gesuches warten. Aber dann durfte ich im Dezember 1951 mit dem aus Rumänien freigegebenen Transport fahren.

Als ich endlich diesseits des eisernen Vorhanges war, hatte ich das Gefühl, der Hölle entronnen zu sein. Es wird aber noch lange dauern, bis ich mich körperlich und seelisch von all dem erholt haben werde, was wir in Rumänien erlebten.<<

20.12.1951

BRD: Das Landgericht Hannover schreibt im Urteil gegen einen deutschen KZ-Helfer über die Zustände in einem polnischen Lager (x025/51): >>... Die Deutschen selbst waren im Lager getrennt nach Männern, Frauen und Kleinkindern ... untergebracht. Familien wurden rücksichtslos auseinandergerissen. Kamen die betreffenden Angehörigen dennoch insgeheim zusammen und wurden sie dabei von der polnischen Miliz gefaßt, dann gab es dafür entsetzliche Prügelstrafen bzw. die Todesstrafe.

Vergewaltigungen der Frauen durch Polen waren an der Tagesordnung. Die meisten Polen waren überdies geschlechtskrank. An Verpflegung gab es für die Deutschen täglich mittags 1/2 l Wassersuppe, dazu morgens und abends 3 bis 4 alte, meistens faule, anfangs sogar ungekochte Kartoffeln und eine halbe Scheibe Brot. ...

Andererseits spotteten die hygienischen und sanitären Verhältnisse im Lager aller Beschreibung, so daß eine große Läuseplage herrschte. Die Folge dieser Zustände war, daß viele Menschen am Flecktyphus verstarben. ... Infolge dieser Zustände allein verstarben schon viele Leute. Andere wieder wurden planmäßig aus nichtigen Anlässen von den Polen erschossen oder erschlagen. Wieder andere dienten den polnischen Partisanen als lebende Zielscheiben und wurden von den Polen gewissermaßen aus Spielerei erschossen.

... Bei diesen Zuständen lag die Sterblichkeitsziffer im Lager sehr hoch. Die untere Grenze war im allgemeinen bei etwa 10 Toten pro Tag, die obere Grenze bei etwa 30 Toten. ...<<

31.12.1951

Ostdeutschland, Polen: Im Rahmen der sog. "Aktion Link" werden bis Ende 1951 fast 44.000 Deutsche aus getrennten Familien zusammengeführt und nach Westdeutschland geholt. Die polnischen Behörden halten sich allerdings nicht an die Vereinbarungen. Meistens werden nicht die angeforderten Personen ausgewiesen, sondern oft handelt es sich um Kranke, Alte oder aus anderen Gründen arbeitsunfähige Deutsche (x001/154E-155E).

1951

DDR: Im Jahre 1951 fliehen 165.648 Deutsche aus der Sowjetzone in den Westen.

BRD: In der Bundesrepublik Deutschland sind im Jahre 1951 noch 66 % aller Deutschen der Meinung, daß die deutschen Ostgebiete noch nicht verloren sind (x020/89).

1952

>>Um vorauszusehen, was sein wird, muß man betrachten, was gewesen ist. Denn die handelnden Personen auf der Bühne der Welt, die Menschen, haben stets dieselben Leidenschaften, und so muß dieselbe Ursache stets dieselbe Wirkung hervorbringen.<< (Niccolo Macchiavelli)

01.01.1952

DDR: Die SED führt die wirtschaftliche Rechnungsführung ein. Die bisher unselbständigen Volkseigenen Betriebe (VEB) werden am 1. Januar 1952 in selbständig wirtschaftende Einheiten umgewandelt. Sie erhalten eine eigene finanzielle Grundausstattung sowie einen eigenen Umlaufmittelfonds und müssen auch selbständig die Abgaben an den Staatshaushalt entrichten.

02.01.1952

DDR: Die Kasernierte Volkspolizei (KVP) wird auf sowjetische Waffen umgerüstet.

Das Nationale Aufbauprogramm beginnt.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Nationale Aufbauwerk (x009/304): >>1952 gegründet, durch die Nationale Front gelenkte "Bewegung für den Aufbau der Hauptstadt Berlin", die 1953 auf das ganze Zonengebiet ausgedehnt wurde. Ziel ist die "Förderung der Initiative aller Werktätigen Berlins und der DDR für die finanzielle und praktische Unterstützung des Aufbaues". Die Bevölkerung wird unablässig aufgerufen, sich an Bauarbeiten und bei der Entrümmerungsaktion "freiwillig" und ohne Entgelt zu beteiligen.

Durch das Nationale Aufbauwerk sollen öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Kinderheime, Sportstätten, Neubauernhäuser und Wohnungen wiederhergestellt oder neu gebaut werden. Aber auch beim Bau neuer Betriebe werden die "Aufbauhelfer" herangezogen. Arbeiter in Industriebetrieben werden unter politischem Druck veranlaßt, sich zu verpflichten, z.B. im Jahr 20 oder 30 "Aufbaustunden" zu leisten. ... <<

24.01.1952

Ostdeutschland: Kreis Sensburg, Ostpreußen – Erlebnisbericht des K. M. (x002/896): >>In höchster Not wenden wir uns an unsere Landsmannschaft und teilen mit, daß wir Deutschen hier wieder neuen Gewaltmaßnahmen zur Polonisierung entgegengehen.

Wir wissen aus jahrelanger Erfahrung, daß die polnischen Behörden uns mit allen Mitteln der List, des Betruges und unmenschlicher Gewalt zu Polen machen wollen. Wir fürchten, daß sich die grausamen Geschehnisse wiederholen könnten.

Es handelt sich diesmal um Lichtbildausweise mit Fingerabdruck, die jeder haben muß. Die Aktion liegt in Händen der Polizei, wer sich weigert, wird bestraft. Solange wir gezwungen sind, noch hier leben zu müssen, erkennen wir auch die Notwendigkeit von Ausweisen an:

Wenn sie unsere deutsche Staatsangehörigkeit nachweisen, weil wir Deutsche sind und bleiben wollen. Polen wird uns aber niemals solche ausstellen.

Polnische Ausweise, die uns zu Polen machen, verweigern wir, und so werden wir wohl wieder in Gefängnisse geschleppt werden, wo uns die unmenschlichen Grausamkeiten erwarten, wie bei der Februarfolter 1949, die trotz unserer Proteste immer noch als gültige Option betrachtet wird. Wie lange müssen wir noch diesen dauernden Verfolgungen schutzlos ausgesetzt sein? Warum läßt man nicht unseren freien Willen entscheiden, sondern behandelt uns wie Sklaven? ...

Durch das nervenzerreißende Leben der letzten Jahre hat unser Gesundheitszustand sehr gelitten. Um deutsch zu bleiben, haben wir unseren Hof 1945 enteignen lassen, für den Polen umsonst gearbeitet, wurden bestohlen, beschimpft, geschlagen, mißhandelt, haben gehungert, gedarbt und in Lumpen gehüllt bei fremden Menschen gelebt. Wir haben uns in unserer verzweifelten Lage an die Regierung der DDR gewandt, versprechen uns aber keinen Erfolg davon. Unsere Anträge auf Umsiedlung sowie Proteste gegen die Folteroption 1949 an alle zuständigen polnischen Behörden wurden uns jetzt unbegründet zurückgesandt. - Sind wir für immer verurteilt, in diesen zermürbenden Verhältnissen zu leben, und sollen wir niemals mit unseren Angehörigen in Deutschland vereinigt werden?

Wir sind doch nicht freiwillig hier geblieben, möchten aber, solange wir noch auf unsere Umsiedlung warten müssen, als Deutsche leben. Wir sind an den polnischen Staat durch nichts gebunden. Den von der Bundesregierung Deutschland ausgestellten Heimatschein erkennen die polnischen Behörden als Ausweis nicht an. Wie es aussieht, sind wir auch diesmal der polnischen Willkür schutzlos preisgegeben, wenn nicht bald von irgendwo Hilfe kommt.<<

26.01.1952

DDR: Verschleppte mitteldeutsche "Zeiss-Spezialisten" (Optiker) kehren aus der Sowjetunion zurück.

09.02.1952

Rumänien: Zwangsumsiedlung von Volksdeutschen in Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der H. T. (x007/401-402): >>Das Gesetz über die Entlastung der städtischen Zentren erging am 9. Februar 1952. ... Betroffen wurden alle sog. Kapitalisten Kronstadts, des Burzenlandes und Mühlbachs. Hermannstadt wurde von dieser Aktion überhaupt nicht berührt. Als Kapitalisten galten alle, denen vorher der Besitz enteignet worden war, ohne Unterschied ob sie zu dem Zeitpunkt Arbeiter, Angestellte oder sogar Schüler waren.

Die Evakuierung erfolgte in wenigen Stunden. Der ganze Hausrat konnte mitgenommen werden. Allerdings standen die Möbel dann in Kronstadt im strömenden Regen auf dem Hauptbahnhof, weil die notwendigen Güterzüge nicht zur Verfügung standen. In vorbildlicher Haltung hat sich damals das deutsche Gymnasium in Kronstadt eingeschaltet und den Betroffenen beim Auszug geholfen, ohne Rücksicht darauf, daß sie sich damit der politischen Verfolgung des Sicherheitsdienstes aussetzten.

Damals wurden nur Deutsche evakuiert. Wohin sie fahren sollten, war anfangs scheinbar gar nicht klar. ... Einige Transportzüge fuhren bis Mediasch. Der größte Teil der Evakuierten kam nach Elisabethstadt. Viele kamen auch nach Heltau.

Kronstadt wurde nach der Evakuierungsaktion zur Arbeiterstadt erklärt und "Orasul Stalin" genannt. Es sollte hier wohl ein proletarisches Zentrum gebildet werden. Als Arbeiterstadt hatte die Bevölkerung gewisse Vorteile bei der Zuteilung von Lebensmitteln. Die Kapitalisten sollten daran wahrscheinlich keinen Anteil haben (Hermannstadt wurde im Jahre 1953 auch Arbeiterstadt).

Die Evakuierten hatten ein schweres Leben. ... Sie zogen in Scheunen ein und hatten keine Möglichkeit, Arbeit zu bekommen. Viele arbeiteten dann auf Staatsfarmen. Oft lebten 10 Personen in einem Raum.

Warum Mühlbach auch von diesem Schicksal betroffen wurde, ist uns nie klar geworden. Allerdings ging man dort nicht so konsequent vor. In Hermannstadt wartete man monatelang auf die Deportation der Deutschen. Im Rahmen der rumänischen Systemlosigkeit geschah jedoch nichts. Statt dessen bekam Hermannstadt zusätzlich weitere deutsche Schulen. Dieser Zustand änderte sich aber von Jahr zu Jahr.

... In Heltau und in Mediasch konnte ich mehrfach mit Evakuierten aus Kronstadt sprechen. Viele Deutsche aus Hermannstadt besuchten später regelmäßig ihre evakuierten Bekannten in Elisabethstadt und versuchten, ihnen Lebensmittel und Kleider zu verschaffen. Das war allerdings nicht ungefährlich, denn Staatsfeinden durfte man nicht helfen. ...

Im Jahre 1954 wurde den Evakuierten die Rückreise gestattet. Allerdings bekamen sie ihre ehemaligen Wohnungen nicht zurück, so daß die wenigsten von diesem Recht Gebrauch machen konnten. Wegen der besseren Arbeitsbedingungen zogen meistens nur Väter oder Mütter um, während die Kinder bei den Großeltern blieben.<<

11.02.1952

DDR: Die Hochschulen werden angewiesen, "politisch geeignete Studienbewerber" bevorzugt zu behandeln.

13.02.1952

BRD: Das Nachrichtenmagazin "Der Spiegel" (7/1952) berichtet am 13. Februar 1952:

>>**Wie die Hühnerhunde**

In Eisenhowers SHAPE-Hauptquartier wurde jetzt eine besondere Kommission zur Abwehr der "wahrscheinlichen ersten Angriffsphase" der Ostblock-Armeen gegen Westeuropa gebildet. Chef dieses Gremiums ist der US-Colonel F. Kindley. Der ist merkwürdigerweise nicht Offizier, sondern Spezialist für psychologische Kriegsführung.

(Die) SHAPE-Abwehr hat nämlich festgestellt, daß - sollte der dritte Weltkrieg stattfinden - dem Schießkrieg ein Nervenkrieg vorangehen wird. Die Generalstäbler ... sehen die Lage, wie sie 5 Minuten vor X-Zeit sein wird so:

Der Aufmarsch auf dem rechten sowjetischen Angriffsflügel wird sich mit gemischten russisch-polnischen Verbänden in der Ostzone Deutschlands vollziehen. Aber nicht verschleiert, wie bisher solche Bereitstellungen erfolgten, sondern in demonstrativ offener und breiter Drohbewegung.

Die Begleitfanfaren zu diesen Truppenbewegungen schmettern die Rundfunksender der Sowjetunion, Polens und der Ostzone in allen westeuropäischen Sprachen. Kommunistische Agenten werden Flüsterparolen über angebliche Greuelthaten und Vergewaltigungen durch Ostblocksoldaten in Umlauf setzen und Störmeldungen über den Einsatz mongolischer Verbände ausstreuen.

Zweck dieser den eigentlichen Schießkrieg vorbereitenden psychologischen Offensive: Auslösung eines Massenschrecks. Die Sowjets rechnen damit, daß sich sofort ein europäischer Flüchtlingsstrom über die Straßen und Eisenbahnen ergießen wird, der Verkehrsverstopfungen und Produktionshemmungen verursacht und deutsche Hilfsverbände der westlichen Alliierten zu Massendemonstrationen veranlaßt. Sabotageaktionen werden die Verwirrung steigern. Das dann hereinbrechende westeuropäische Chaos wird alle Abwehrmaßnahmen der NATO unmöglich machen oder zumindest auf das Äußerste erschweren.

Die SHAPE-Offiziere unterstreichen ihre Hypothese, indem sie auf die Persönlichkeit des Oberbefehlshabers der polnischen Armee, den Sowjetmarschall Rokossowski, hinweisen. Der hat ... Erfahrungen auf dem Gebiete des Nervenkrieges. Als er im Weltkrieg II - schon damals als Befehlshaber des rechten sowjetischen Flügels - in Ostpreußen einbrach und durch Westpreußen und Pommern hindurch bis nach Swinemünde stieß, überstürzte sich die ostdeutsche Bevölkerung in chaotischer Angst vor seinen Panzern. Die propagandistische Peitsche Ilja Ehrenburgs holte damals aus den Flüchtlingen die letzte Kraft der Verzweiflung und aus den

kriegsmüden Iwans den letzten Angriffspfeffer heraus. Die zwischen dem Flüchtlingsstrom und der roten Panzerflut eingekleiteten deutschen Heeresverbände waren nicht mehr operationsfähig. So soll es auch jetzt werden.

Oberst Kindley meint, daß die wirkungsvollste Abwehr gegen solchen Nervenkrieg ein kraftvoller NATO-Aufmarsch an der Elbe wäre. Doch er befürchtet: In das Durcheinander werden beim eigentlichen Kriegsausbruch die polnisch-sowjetischen Verbände "wie die Hühnerhunde" hineinstoßen, um das gehandikapte westalliierte Wild aufzuscheuchen.

Die Panzerarmee der sowjetischen Heeresgruppe West unter Timoschenko aber werden solange zurückgehalten, bis sich an den Rheinübergängen zeigt, ob ein starker Offensivstoß die Chance verspricht, das Gros der Atlantik-Truppen in Belgien und Ostfrankreich zu kesseln. Polens Soldaten sichern dann Nord- und Nordwestdeutschland sowie Dänemark als rückwärtige Heeresgebiete.

Auf solchen Krieg hat sich auch die polnische Rüstungsindustrie eingestellt. Ihr Schlager ist heute ein 5-cm-Minenwerfer aus Leichtmetall, der von den staatlichen Rüstungswerken PZON 4 und 7 in Rzeszow und Lublin hergestellt wird. Der Werfer ist die leichteste Type dieser Waffe überhaupt. Er kann bequem von einem Mann getragen werden. Ein zweiter trägt die Munition, Minen aus Leichtmetallhülsen mit 2,5 kg Hexal-Sprengstoff. Bei einfacher Handhabung der Waffe, einwandfreier Zielsicherheit und einer Reichweite von 9.000 m ist der Werfer eine Idealwaffe für den Guerilla- und Partisanenkrieg und für Kommandounternehmen.<<

25.02.1952

DDR: Die Regierung ordnet an, Schulgeld nach politischen Gesichtspunkten zu verlangen.

06.03.1952

Polen: SS-Gruppenführer Jürgen Stroop (1895 in Detmold geboren; "Henker des Warschauer Gettos") wird in Warschau hingerichtet.

10.03.1952

UdSSR: Die Sowjetunion schlägt den 3 Westmächten Grundzüge eines Friedensvertrages mit Deutschland vor (x149/156): >>Deutschland wird als einheitlicher Staat wiederhergestellt. Damit wird der Spaltung Deutschlands ein Ende gemacht, und das geeinte Deutschland gewinnt die Möglichkeit, sich als unabhängiger, demokratischer, friedliebender Staat zu entwickeln. ...

Deutschland verpflichtet sich, keinerlei Koalitionen oder Militärbündnisse einzugehen, die sich gegen irgendeinen Staat richten, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Deutschland teilgenommen hat. ... Es wird Deutschland gestattet sein, eigene nationale Streitkräfte ... zu besitzen, die für die Verteidigung des Lands notwendig sind. ...<<

11.03.1952

BRD: Die vollkommen verwüstete Insel Helgoland (jahrelang Übungsgebiet der britischen Luftwaffe) wird an die Bundesrepublik Deutschland zurückgegeben.

20.03.1952

Rumänien: Volksdeutsche Kriegsgefangene im Gefängnislager Rahova III in Bukarest – Erlebnisbericht des Angestellten F. E. (x007/367): >>Nach mehrmaligen Interventionen, Hungerstreiks usw. wurden wir im März 1952 nach Deutschland entlassen, da wir uns weigerten in Rumänien entlassen zu werden.

Auf der Fahrt von Bukarest durch Siebenbürgen, Ungarn, Tschechoslowakei, durch die Ostzone und endlich zum Lager Friedland führte mich mein Weg auch durch meine Heimatstadt Mediasch. Durch eine glückliche Fügung gelang es mir, meine Angehörigen über meine Durchfahrt zu benachrichtigen, und als der Zug kurz in Mediasch auf der Station hielt, konnte ich tatsächlich von meinen nächsten Angehörigen und von sehr vielen bekannten Menschen, die alle zum Bahnhof gekommen waren, Abschied nehmen. ...<<

Zwangsumsiedlung von Volksdeutschen aus Kronstadt und anderen Orten Süd-Siebenbürgens – Erlebnisbericht der E. H. (x007/402-405): >>Im Laufe eines Vormittags erhielt ich 2 ganz überraschende Besuche.

Ich lebte damals in Schäßburg. Die Dame, die mich schon am frühen Morgen aufsuchte, kannte ich persönlich noch nicht; aber im Rundfunk hatte sie schon oft als Sängerin von sich hören lassen. Ihr bleiches und verstörtes Aussehen versetzte mich in Schrecken. "Entschuldigen Sie, Frau H., daß ich Sie so zeitig aufsuche, dazu als Unbekannte, aber man hat mich an Sie verwiesen. Sicherlich können Sie mir als Kollegin helfen. Wissen Sie schon von der Katastrophe in Kronstadt? Man hat eine große Menge von deutschen Familien evakuiert." ... "Ja, wieso denn, ich weiß von gar nichts", fragte ich. Sie berichtete:

"... Ahnungslos saßen meine Schwester und ich am Mittagstisch. Wir hörten im Treppenhaus großen Lärm, Geschrei. Da wurde schon die Tür geöffnet; ein Milizionär mit einigen Zivilisten fragte, ob hier Frau M. wohne. ... Bis heute abend 8 Uhr muß ihre Wohnung geräumt sein. - Was, wieso, warum? Wieder in ein anderes Haus umziehen? Meine Schwester und ich haben sowieso nur dieses eine Zimmer. Weniger als ein Zimmer kann man ja gar nicht bewohnen." –

"Diesmal müßt ihr auch den Ort verlassen. Am Bahnhof könnt ihr euch einen Waggon nehmen (natürlich gegen Bezahlung) und eure Möbel aufladen. Dort werdet ihr noch viele Kameraden treffen." - "Ja, was habt ihr denn mit uns beiden alten Schwestern vor?" -. "Macht nicht viel Umstände. Räumen müßt ihr. In 2 Stunden sind wir wieder hier, um zu sehen, wie weit ihr euch gerührt habt. Ihr wißt, was unser Befehl bedeutet, und die Folgen sind allen wohl bekannt, falls ihr euch widersetzt."

Wir waren wie vom Blitz gerührt. Meine Schwester ging zum Fenster und sah gegenüber auf der Straße einen großen Volksauflauf. Wir öffneten das Fenster, erkannten unseren Nachbarn, umgeben vom Pöbel. In der Hand hielt er einen schönen gepolsterten, neu furnierten Sessel, und schrie mit heiserer Stimme: "Und jetzt dieser Stuhl: wer will kaufen, was zahlt ihr dafür?" Die Leute murmelten nur. Sie hatten schon lauter Möbelzeug und schienen nicht mehr zu brauchen. Endlich rief einer: "5 Lei gebe ich dafür." Der Sessel wurde für 5 Lei weggegeben, die Nähmaschine, die ungefähr 4.000 Lei kostete, verkaufte er für 200 Lei.

Als wir das sahen, wurde uns erst richtig bewußt, daß wir in der gleichen Situation waren. Sollten wir auch Möbel verkaufen bzw. verschenken? Wir rannten hinaus, um zu sehen, was eigentlich los war. Wer außer uns noch räumen mußte. Wir stellten fest, daß es im allgemeinen Leute waren, die früher Vermögen besaßen, über gute Stellungen verfügten oder eigene Werkstätten hatten. Wie kamen wir beiden armseligen Schwestern in diese Kategorie? Das mußte ein Irrtum sein. Unzählige andere Bittsteller füllten den Korridor vor dem Büro des Milizchefs, aber alle wurden ... abgewiesen. Sie lachten uns nur aus und meinten, daß es vielleicht ein Irrtum sei, aber wir müßten trotzdem aus unserer Wohnung hinaus.

Auf der Straße herrschte panikartige Stimmung. Die Betroffenen rannten hin und her. Sie räumten und besorgten sich Lastkraftwagen, soweit welche zu haben waren, und luden alle Einrichtungsgegenstände auf. Die Nichtbetroffenen zogen sich zurück. Sie versperrten ihre Türen, denn sie fürchteten, daß man sie auch noch holen würde. Fast alle Leute waren verwirrt. Man fragte, erhielt jedoch meistens keine Antwort. ...

Eine Frau schrie und weinte und beteuerte dem Milizmann, ihr Kind läge im Spital, und sie könne doch nicht ohne das Kind wegfahren. "Warum denn nicht? Das Kind ist im Spital gut aufgehoben und wird euch dann schon nachkommen, wenn es gesund ist." Eine andere Frau schrie: "Wartet doch noch einige Tage! Mein Mann ist verreist; ich kann doch mit den Kindern die schweren Möbel nicht schleppen. Wartet doch, bis er zurück ist."

An allen Ecken wurden Möbel versteigert; jeder brauchte Geld, um einen Waggon oder Lastkraftwagen bezahlen zu können. Wir hatten natürlich noch viele gute Bekannte und Verwand-

te in Kronstadt; aber wußte man, ob sie morgen nicht auch räumen mußten? Sonst hätten wir dort einiges untergestellt. ... War es eine Umsiedlung für immer, war es der Anfang einer neuen Verschleppung nach Rußland? Sollte man den Reden trauen, daß wir in Siebenbürgen bleiben? Würde man uns auch in die Baragan-Steppe deportieren, wie man es mit den Deutschen aus den Banater Grenzdörfern gemacht hatte.

Wir gingen wieder nach Hause und waren nicht klüger wie zuvor. Einige gute Nachbarn halfen uns dabei, unsere Habseligkeiten zu packen. Einen Teil unseres Besitzes machten wir auch zu Geld. ... Wir benötigten viel Geld, um die Fahrkarten nach Schäßburg zu lösen. Unser Reisegepäck nahmen Freunde mit. Wir beeilten uns, um frühzeitig abzufahren, damit wir möglichst vor der großen Menge der Evakuierten in Schäßburg ankommen würden. Der größte Teil wurde nach Elisabethstadt umgesiedelt. Nur wenige kamen nach Schäßburg, Reys und Mediasch. ...

"Nun sind wir hier (in Schäßburg) und wissen nicht, wo wir bleiben sollen. Gibt es irgendwo ein Zimmer, und sei es nur ein Schuppen?"

Ja, alles hätte sie verlangen sollen, aber keine Unterkunft!, dachte ich. ... Weiß Gott, woher die vielen Menschen auftauchten. Große Bevölkerungsteile aus Bessarabien und der Bukowina drängten in den Nachkriegsjahren in die Städte. Im ganzen Land wurde kein einziges Privathaus gebaut. Dafür errichtete man Parkanlagen und brachte in allen Straßen Lautsprecher an. Die Zigeuner, die früher in ihren Lehmhütten oder in Zelten hausten, waren jetzt Fabrikarbeiter und beanspruchten natürlich auch Wohnraum. In den Dörfern bewohnten sie die "guten Stuben", während die deutschen Bauern mit ihren Familien im Stall hausten. Wo sollten wir diese armen Evakuierten aus Kronstadt unterbringen?

Nach kurzer Zeit läutete es wieder und es erschien Herr T.: "Wissen Sie keine Wohnung, ein Zimmer oder irgendeinen Raum für meine 3 Kinder, meine Frau und mich? Über Nacht sind wir heimatlos und stellunglos geworden. Hier am Marktplatz steht ein LKW mit meinem Gepäck und dem kleinsten fieberkranken Kind."

"Ja, bekommen Sie denn keine Wohnung zugewiesen? Nachdem man Sie hierher zwangsumgesiedelt hat, muß man Sie doch auch unterbringen." "Natürlich müßte man, aber ehe ich in ein Massenquartier komme, möchte ich lieber selbst etwas suchen. Ich habe auch Geld. Vor einer guten halben Stunde habe ich ein gutes Klavier verkauft. Die Schäßburger scheinen noch gar nicht zu wissen, daß sie in den nächsten Tagen Möbel und Sachwerte zu ganz billigen Preisen erhalten können."

Ich hätte die Leute ja gerne vorübergehend bei mir aufgenommen. Das kranke Kind holte ich natürlich gleich in die Wohnung; aber die übrigen zu beherbergen, wäre mir zu riskant gewesen. ... Hätten die Behörden damals festgestellt, daß ich auch nur eine Person in meiner Wohnung aufnehmen kann, dann hätten sie mir sofort eine Person für immer zugewiesen. Wehe, wenn in einer Wohnung ein leeres Sofa oder eine leere Couch stand. Früher trachtete jeder danach, überflüssige Betten und Liegen zu verkaufen. Heute fehlen sie natürlich.

Es gelang uns dann, ... für Herrn T. ... außerhalb der Stadt ein Zimmer mit einer Küche zu finden. Der Zufall wollte es, daß dieses Ferienhaus nur zum Teil von der in der Umgebung wohnenden Bevölkerung abgerissen und verfeuert worden war. Herr T. mußte nur einen Türrahmen und 2 Fenster einsetzen. Nachdem Familie T. ein Dach über dem Kopf hatte, stellten wir die Möbel unter die überdachte Toreinfahrt eines alten Hauses. Es war höchste Zeit, denn während der Fahrt von Kronstadt nach Schäßburg hatte es fast ständig in Strömen auf den vollgepackten offenen Lastkraftwagen geregnet. ...<<

Niederlande: Ein zum Tode verurteilter Gefangener schreibt am 20. März 1952 aus Den Haag einen Abschiedsbrief an das Evangelische Hilfswerk für Internierte und Kriegsgefangene: >>... Ich schreibe Ihnen heute, um mich zu verabschieden.

Morgen, am 21.3.52, werde ich in der Frühe den Soldatentod sterben. Sind sie versichert, daß ich völlig ruhig bin und mein Schicksal entgegennehmen werde, wie es von einem Höheren beschlossen worden ist.

Der Gedanke an Frau und Kind ... ist allerdings mehr als bitter. Doch muß ich auch darin beharren, da ich wehr- und machtlos bin. Nach dem Warum allerdings frage ich vergeblich. Ich werde in den Tod gehen mit dem festen Bewußtsein, eine persönliche Schuld, und nun gar eine solche, die derartige Strafe erfordert, nicht auf mich geladen zu haben.

Leben Sie alle wohl und arbeiten Sie weiter an dem Ziel, der Welt den Frieden zu verschaffen. Meine Bitte ist einmal, sich meiner geliebten Frau und meines Herzenskindes annehmen zu wollen, und ferner, daß mein Tod der des letzten Deutschen in den ehemals besetzten Westländern sein möge! ...<<

Der deutsche Landgerichtsrat Karlhans Sonnenburg, Bad Godesberg, kritisiert damals die Rechtsprechung der Siegermächte: >>Sieben Jahre sind deutsche Männer und Frauen als Angehörige der Wehrmacht, der Polizei, des Wehrmachtsgefolges und des Diplomatischen Korps durch die Mühlen der alliierten Sondergerichtsbarkeit für Kriegsverbrecher gegangen und haben sich in den Maschen einer Justiz gefangen, die Ausfluß einer fremden, eigens vom Sieger auf sie zugeschnittenen Sonder-Gesetzgebung und Rechtsprechung ist.

Sieben Jahre sind Urteile gegen Deutsche auf Grund von Gesetzen gesprochen worden, die im Widerspruch zu der am 10.12.1948 feierlich proklamierten Internationalen Erklärung der Menschenrechte und zur Genfer Konvention stehen und allein schon wegen ihrer rückwirkenden Kraft die Grundprinzipien des Völker- und Strafrechts verletzen.

Sieben Jahre lang fungieren Mitglieder der völkerrechtlich illegalen nationalen Widerstandsgruppen als Richter über Angehörige der legalen deutschen Truppe, winden voreingenommene Zeugen sich selbst Märtyrerkronen, indem sie Deutsche der scheußlichsten Verbrechen bezichtigen.

Sieben Jahre hindurch sind Hunderte von Deutschen aufgrund von Sondergerichtsurteilen erschossen worden, haben andere Hunderte darauf gehofft, daß sie eine Begnadigung vor der Hinrichtung bewahrt. ...

7 Jahre lang haben Tausende von Deutschen als Untersuchungsgefangene in körperlicher, geistiger und seelischer Not dem Zeitpunkt entgegengebangt, an dem über Leben und Freiheit für sie entschieden wurde. ...

7 Jahre nach Beendigung der Feindseligkeiten wird der Krieg auf dem Gebiet des Rechts fortgesetzt, werden neue Verurteilungen ausgesprochen, werden Hinrichtungen - wie jüngst in Holland - vollzogen und Kerkerstrafen verbüßt. ...

Zur gleichen Zeit werden in Korea, Indochina, Tunis und anderen Ländern von Angehörigen der Siegermächte, zum Teil sogar von deutschen Fremdenlegionären unter ihrem Befehl, dieselben Taten begangen, die den deutschen Soldaten des Zweiten Weltkrieges als Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden. Die Auswirkungen eines doppelten Rechtes für Sieger und Besiegte können sich nicht deutlicher offenbaren.

Dabei kann die Frage der Schuld heute nicht mehr so eindeutig geklärt werden, daß eine Entscheidung über Leben und Freiheit eines Menschen gerechtfertigt ist. Oft 10 und mehr Jahre nach den Geschehnissen ist eine einwandfreie Feststellung der Wahrheit und Klärung des Sachverhaltes erfahrungsgemäß unmöglich, zumal die Ereignisse im Zusammenhang mit Kampfhandlungen standen. ...

Zwar wissen wir, daß es auch Schuldige gibt, aber für einen Schuldigen dürfen nicht Unschuldige leiden. Die Schuldigen, die zu decken wir ablehnen, sollen der verdienten Strafe nicht entzogen werden, die deutsche Justiz ist befähigt und befugt, sie gerecht zu bestrafen. ...

Erst wenn die Westmächte die Gefangenen freigeben und sich durch diese Tat zu den demokratischen Idealen der Gerechtigkeit, Freiheit und Menschlichkeit bekennen, dürfen unsere

Brüder und Schwestern in den Zwangsarbeitslagern des Ostens hoffen, daß auch sie eines Tages die Heimat und ihre Familie wiedersehen werden.<<

22.03.1952

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen in der Baranja – Erlebnisbericht der Wilhelmine K. (x006/606): >>Im Jahre 1952 erhielten wir einzelne Wohnungen.

Eine Ausreise in die Bundesrepublik Deutschland war unmöglich, da es weder Beziehungen noch Kontakte zu irgendeiner deutschen Dienststelle gab. Unsere Post und jede Bewegung auf dem Staatsgut wurden streng bewacht. ...

Erst später konnten wir Verbindungen mit der Deutschen Botschaft in Belgrad und dem Deutschen Roten Kreuz aufnehmen.<<

25.03.1952

Rumänien: Zwangsumsiedlung von Volksdeutschen aus Kronstadt und anderen Orten Süd-Siebenbürgens – Erlebnisbericht der E. H. (x007/405-406): >>Inzwischen trafen auch die anderen Aussiedler in Schäßburg ein. Wie ein Lauffeuer verbreitete sich diese Greuelnachricht.

Am Bahnhof rollte ein Zug nach dem anderen durch. (Es waren) lauter Evakuierte. Nun war schon die Bevölkerung aus der Umgebung Kronstadts dran. ... Der Güterbahnhof war voll mit Lastzügen, welche Hab und Gut vieler Bauern aus dem Burzenland faßten. Was war in den Waggons?

Vieh, Schweine, Federvieh, Möbel, alte Leute, Kinder und natürlich die Bäuerin und der Bauer, soweit er nicht in Deutschland war. Meist hatten 2 Familien einen Waggon. Wir sprachen mit den Bauern und fragten sie, wohin sie fahren würden. ... Viele Evakuierte blieben in Siebenbürgen. In Elisabethstadt bildeten die Evakuierten eine richtige Kolonie. ... In Schäßburg blieben nur wenige Evakuierte. Die Miliz hatte keine Order, diese Flüchtlinge aufzunehmen, und schickte alle weiter nach Elisabethstadt.

Dort wurden sie ... einquartiert. ... Das Wohnungsamt mußte sie unterbringen. Zufällig erfuhr ich, daß für die evakuierten Kronstädter vorübergehend ein Hotel geräumt wurde. ... Ich kann mich erinnern, daß ein bis 2 Jahre später, nachdem die Evakuierten sich irgendwie zurechtgefunden hatten, gerade in diesem Hotel viele lustige und gemütliche Abende in geselligem Beisammensein verbracht wurden. Vor allem die Jugendlichen ließen sich nicht unterkriegen und führten ... ein tanzfreudiges Leben.

Nun waren sie also hier in der kleinen Stadt Elisabethstadt gelandet. ... Anfangs sah es trostlos aus. Niemand hatte Lust, etwas zu beginnen, etwas zu verdienen. Man hatte sich schon daran gewöhnt, vom Verkauf seiner Sachen zu leben. So warteten sie also vorläufig ab. Einerseits befürchteten sie, daß man sie noch in die Baragan-Steppe verschleppen würde, andererseits hofften sie, bald wieder nach Kronstadt zurückzukommen. Jeder suchte nach Beziehungen zum rumänischen Ministerium, um aus dieser mißlichen Lage zu kommen.

Die nach Elisabethstadt evakuierten Deutschen hatten anfangs keine Ausweispapiere. Man hatte ihnen den Ausweis entzogen. Ohne Papiere war es eine gefährliche Sache, den Ort zu verlassen. Man konnte keine 20 Minuten unterwegs sein, ohne sich irgendwie ausweisen zu müssen. Damals überfielen Partisanen, die im Gebirge hausten, vielerorts staatliche Betriebe und raubten sie aus. Natürlich wurde angenommen, daß wir Deutsche mit diesen Partisanenüberfällen ... in Verbindung stehen würden. ... Die Ausgesiedelten waren also in Elisabethstadt eingesperrt. Es wurde ihnen strikt verboten, den Ort zu verlassen. ... Natürlich wagten es doch einige Waghalsige, ohne Ausweis nach Schäßburg oder gar bis nach Kronstadt zu fahren, um sich über die Lage zu informieren.

Nach 2 Jahren erhielten die Evakuierten neue Ausweise. ... Die übrige deutsche Bevölkerung in Siebenbürgen zitterte (vor Angst). Jeder machte sich schon mit dem Gedanken vertraut, daß er auch evakuiert würde. Nachdem dann aber Monate verstrichen, und außer einigen Nach-

zügeln niemand mehr aus Kronstadt evakuiert wurde und Ruhe eintrat, atmeten alle auf und dankten Gott, daß er sie diesmal verschont hatte.

Warum diese ganze Umsiedlung vorgenommen wurde, ... weiß man bis heute nicht recht zu deuten. Nachdem im Jahre 1955 alle, die wollten, wieder zurück durften, konnte man es nur als ... Schikane betrachten. In die Wohnungen, die die Deutschen damals räumen mußten, kamen außerdem keine Arbeiter, wie es anfangs hieß, sondern Beamte und Parteimitglieder oder Milizangehörige.<<

30.03.1952

BRD: Die Bundesrepublik Deutschland, Israel und die Jewish Claims Conference führen Verhandlungen über Wiedergutmachungsleistungen.

31.03.1952

Jugoslawien: Volksdeutsche in Serbien – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/603): >>Trotz meiner schriftlichen Kündigung mußte ich weiterhin im Bergwerk arbeiten.

Im März 1952 erkrankte ich schwer und dachte, daß ich durch und durch lungenkrank wäre. Da ich trotz meiner Krankheit weiterhin arbeiten mußte, nahm ich unter großen Schwierigkeiten meinen Jahresurlaub und reiste sofort in meine alte Heimat ins Banat. Bei einem Privatarzt, der noch nie einen Bergmann in seiner Praxis untersucht hatte, wurde ich genau geröntgt. Es stellt sich heraus, daß mein Blut voller giftiger Gase (Dioxyd und Monoxyd) war. Der Arzt forderte mich auf, diese Arbeit im Bergwerk sofort zu beenden. ...<<

01.04.1952

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-118-119): >>1. April 1952. Gestern ging die britische Kommandogewalt im Lager zu Ende. Friedland hörte auf, englisches Territorium zu sein. Der Union Jack wurde an der Fahnenstange heruntergeholt und dafür die schwarz-rot-goldene Flagge hochgezogen. ...

Als erste Maßnahmen ordnete der deutsche Lagerleiter an, daß die Schlagbäume an der Zufahrtsstraße zum Lager entfernt werden. Bisher standen an diesen Barrieren Posten, die jeden Besucher und jedes Fahrzeug anhielten. Ohne Passierschein und Registrierung konnte niemand das Lager betreten. ...<<

03.04.1952

DDR: Am 3. April 1952 wird die "Verordnung über die Beschäftigung von Strafgefangenen" erlassen, um Strafgefangene während des Strafvollzugs "in bestimmten Zweigen der Industrie" zu beschäftigen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über diese Verordnung (x009/431): >>... Für ständige Normerfüllung und Übererfüllung wurde vorzeitiger Straferlaß in Aussicht gestellt, "wenn der Strafgefangene sich verpflichtet, das Doppelte des Strafrestes, mindestens jedoch ein Jahr, im gleichen Industriezweig zu arbeiten" (§ 2 Abs. 3).<<

07.04.1952

BRD: Bundeskanzler Konrad Adenauer schreibt am 7. April 1952 (x095/134): >>... Meine Politik geht dahin, Deutschland in den Westen einzubauen, um der Gefahr der Neutralisierung zu entgehen, um den Westen zu stärken, um bei der eines Tages eintretenden Möglichkeit der Verhandlung mit Rußland mitsprechen zu können, und zwar im Interesse Deutschlands, im Interesse des Friedens. ...<<

28.04.1952

DDR: Die Sowjets übergeben der DDR 66 der 213 SAG-Betriebe, die anschließend in sog. "Volkseigene Betriebe" (VEB) umgewandelt werden.

30.04.1952

DDR: Ende April 1952 gibt es in der SBZ noch folgende Sowjetische Aktiengesellschaften (x009/396-397):

SAG-Betriebe	Beschäftigte
SAG Wismut (Uranbergbau)	225.000
SAG Brikett (Braunkohlenwerke, Schwefelwerke, Benzinwerke, Elektrizitätswerke)	40.000
SAG Kali (Kalibergwerke)	12.500
SAG Synthese (Benzinwerke)	18.000
SAG Marten (Hüttenwerke, Walzwerke, Stahlgießereien)	19.000
SAG Amo (Werke des Schwermaschinenbaues)	44.000
SAG Transmasch (Waggonfabriken, Maschinen- und Armaturenfabriken)	31.000
SAG Mineraldünger (Chemiewerk Leuna, Stickstoff und Kalkwerk)	29.000
SAG Zement- und Baustoffwerke	5.500
SAG Awtowelo (Automobilwerk, Werke der Motorrad-, Uhren-, Werkzeug-, Kugellager- und Büromaschinenindustrie)	32.000
SAG Kautschuk (Synthese- und Kautschukwerk, Gummiverarbeitung)	20.000
SAG Kaustik (Chemiewerke, Farben, Filmmaterial, Zelluloid)	34.000
SAG Kabel (Großbetriebe der Elektroindustrie, Kabelwerke, Akkufabriken)	41.000
	551.000

Die SAG-Betriebe beherrschen von 1946-1953 die Wirtschaft der SBZ. In vielen Industriezweigen besitzen sie wichtige Monopolstellungen. Seit der Übernahme der deutschen Werke sind die Produktionswerte der SAG-Betriebe stetig gewachsen. Nach den Planzahlen des Jahres 1951 produzierten die SAG-Betriebe 32 % der gesamten Industrieproduktion in der SBZ.

Japan: Der Friedensvertrag mit den westlichen Alliierten tritt in Kraft, obwohl die sowjetische Regierung diesen Vertrag nicht ratifiziert.

01.05.1952

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht des Josef B. (x006/604): >>Ich fand Arbeit in meinem Geburtsort Karlsdorf. ...

Seit dem 1.5.1952 war ich in einem landwirtschaftlichen Großbetrieb beschäftigt. Die Arbeit in der Landwirtschaft war sehr schwer und dauerte täglich 10-14 Stunden. Der Verdienst war nur sehr gering. Er betrug monatlich 3.000-3.500 Dinar. Für einen Meter besseren Anzugstoff und für den Schneiderlohn bezahlte man damals bereits jeweils 3.000 Dinar. Das Leben war für alle sehr hart. ...

Das Verhältnis zwischen den Deutschen und den Kolonisten war nicht einfach. Wir arbeiteten Tag für Tag mit ihnen zusammen. Fast täglich gab es Streitigkeiten und politische Auseinandersetzungen. Im Jahre 1952 durften wir noch keine deutschen Volkslieder singen. Vielerorts war es noch üblich, Deutsche aus öffentlichen Gaststätten zu werfen. Die Deutschen mußten ferner bei der jugoslawischen Geheimpolizei OZNA erscheinen und wurden oft stundenlang in den Kellern der Gefängnisse verhört.

Wir wohnten bei einem Kolonisten zur Miete. Wir wohnten in der Nähe unseres ehemaligen Elternhauses, so daß wir regelmäßig an dem Haus unserer Eltern vorbeigehen mußten und ständig an die Vergangenheit erinnert wurden. Es war für uns ein unbeschreiblicher Schmerz, denn in unserem Haus lebten nun Kolonisten aus Bosnien. Wir besorgten uns später eine andere Wohnung, die wir nach monatelanger Arbeit in einem ehemaligen Kuhstall errichteten.<<

02.05.1952

BRD: Das "Lied der Deutschen" bzw. das "Deutschlandlied" wird am 2. Mai 1952 (wieder) Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland. Zur deutschen Nationalhymne gehören offiziell alle 3 Strophen. Bundeskanzler Adenauer und Bundespräsident Heuss regeln jedoch, daß bei staatlichen Veranstaltungen nur die dritte Strophe gespielt bzw. gesungen werden soll.

04.05.1952

BRD: Dr. Linus Kather, der Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BvD), protestiert während einer Kundgebung vor 60.000 Vertriebenen auf dem Bonner Markplatz gegen den geringen Umfang des geplanten Lastenausgleichs (x024/241-242): >>Wir vom BvD sind die letzten, die etwas dagegen sagen würden, daß dieses Gesetz stark unter sozialen Aspekten gestaltet wird.

Wir haben uns nachdrücklich damit einverstanden erklärt, daß z.B. bei der Kriegsschadenrente, bei der Hausratenschädigung, wie bei der Entschädigung überhaupt, beim zeitlichen Vorrang und auch bei der Staffelung der Abgabesätze soziale Gesichtspunkte maßgeblich sein sollen: aber wenn man sagt, daß ausschließlich soziale Gesichtspunkte entscheiden sollen, dann müssen wir einen sehr entschiedenen Widerspruch anmelden: denn das bedeutet nicht mehr oder weniger als eine klare Verneinung unseres Rechtsanspruches und eine Negation des Lastenausgleichsgedankens überhaupt. Dann muß man folgerichtig der Wahrheit die Ehre geben, den Namen Lastenausgleich fallenlassen und die Überschrift wählen: "Gesetz über soziale Hilfsmaßnahmen für Vertriebene und Kriegssachgeschädigte" ...

Die Geschädigten wollen aber keine soziale Fürsorge, sie fordern Erfüllung eines Rechtsanspruches im Rahmen des wirtschaftlich Möglichen. Nach ihrer Auffassung haben sie mit ihrem Hab und Gut, das sie in der Heimat zurücklassen mußten, Reparationen für die Gesamtheit des deutschen Volkes geleistet. Darüber hinaus sind sie überzeugt, einen im Naturrecht begründeten Rechtsanspruch zu haben aus der Gesamthaftung des ganzen Volkes für die Schäden und Verluste eines vom ganzen Volk gemeinsam geführten und verlorenen Krieges.<<

08.05.1952

DDR: Das SED-Regime kündigt die Aufstellung "nationaler Streitkräfte" an.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über den Militarismus und die Militärpolitik in der SBZ (x009/286-288): >>Nach 1945 war die SED wie die übrigen Parteien bemüht, die Bevölkerung zu pazifistischen Vorstellungen hinzuführen. Doch seit dem Frühjahr 1952 versucht die SED, die Bevölkerung für die Aufstellung nationaler Streitkräfte zu begeistern. ... Auf der Linie Lenins meint sie, ihre Rüstung ergebe keinen Militarismus.

... "Die Armeen der sozialistischen Revolution und der Diktatur des Proletariats sowie die Volksbefreiungsarmeen, die in der Regel unter der Führung der kommunistischen Arbeiterparteien entstanden, sind keine militaristischen Verbände. Natürlich gibt es auch in diesen Armeen eine straffe militärische Ordnung und Ausbildung, Disziplin, Befehlsgewalt und Unterordnung. Das ist aber kein Militarismus. Militarismus ist die Ausrichtung des gesamten wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Lebens eines Landes auf die Vorbereitung von Eroberungskriegen. Die Armee wird zum Hauptzweck des Staates, das Volk lebt und schafft nur, um die Soldaten zu stellen und die Armee auszurüsten und zu ernähren."

Weiter heißt es nach der Theorie des Marxismus-Leninismus: "Die politische Grundlage des modernen Militarismus ist die politische Herrschaft der imperialistischen Bourgeoisie." Da nun, so wird weiter behauptet, "der Charakter der Armee durch den Charakter des Staates bestimmt wird, ist die Armee eines Arbeiter- und Bauernstaates keine militärische Organisation, weil in einem Staat der Arbeiter und Bauern die Grundlagen des Militarismus beseitigt sind".

...

Die als "Volkspolizei" getarnte Armee wurde bis Frühjahr 1952 überwiegend aus Freiwilligen gebildet, die meist glaubten, einer bloßen Polizei beizutreten, und weit besser gepflegt wurden als weite Teile der Bevölkerung.

Grundlegend und bezeichnend für die Armee und die Polizeitruppen ist die politische Überwachung und Anleitung durch die Politorganisationen der SED in den bewaffneten Kräften. ... Von großer Bedeutung ist auch die scharfe und lückenlose Überwachung durch jene Organe und Spitzel des Ministeriums für Staatssicherheit, die innerhalb der Verbände eingesetzt sind. - In der Armee und bei den Polizeitruppen war (und ist bei den Spitzenstäben noch heute) eine dritte Kontrollorganisation tätig, die zugleich anleitend wirkt: die sowjetischen Berater für die militärische Ausbildung und Führung der Truppe. Ihr unbeschränkter Einfluß macht deutlich, wie sehr die Armee der SBZ ein Werkzeug des sowjetischen Imperiums sein soll.

Bis April 1952 wurde die Abschirmung der Militärpolitik dadurch verstärkt, daß die SED behauptete, der SBZ läge eine Bewaffnung völlig fern. ...

Seit Mai 1952 bezeichnete die SED "nationale Streitkräfte" als notwendig und betrieb ihre Militärpolitik ziemlich offen. ...<<

15.05.1952

Jugoslawien: Ausreiseprobleme der Volksdeutschen im Banat – Erlebnisbericht der Korrespondentin Wilhelmine S. (x006/620): >>Im Jahre 1952 traf ich im Vorraum des Belgrader Innenministeriums zufällig eine deutsche Frau, die mich bat, mit ihr zu einem Beamten zu gehen, um ihm einen Antrag vorzulegen, den sie eben erst von ihrem Sohn aus München erhalten hatte.

Sie sagte mir, daß sie nicht serbisch sprechen könnte und ich daher für sie übersetzen sollte. Wir kamen zu dem Beamten. Als ich ihm das deutsche Schriftstück in die Hand geben wollte, wies er es mit der Begründung zurück, daß er diese Sprache nicht kenne und ich ihm das Schreiben auf serbisch übersetzen sollte. Als ich das Schriftstück übersetzt hatte, sagte er, daß dieses Dokument gut sei. Wir sollten es bei einem öffentlichen Notar und Dolmetscher übersetzen und beglaubigen lassen und dann einreichen.

Ich schrieb mir das Schriftstück des Bayerischen Innenministeriums gleich ab, ging damit zur Deutschen Gesandtschaft, schrieb dort mit einer Schreibmaschine zahlreiche Durchschläge für alle bekannten Deutschen, die Jugoslawien ebenfalls verlassen wollten, und fuhr dann nach Betschkerek nach Hause. Dort gab ich allen, die zu mir kamen, einen Durchschlag des Schriftstückes. Sie ließen es übersetzen und beglaubigen und reichten es anschließend beim Innenministerium ein.

Manche hatten das Glück, schon im Mai 1952 die Entlassung aus der jugoslawischen Staatsbürgerschaft zu erhalten. Viele fuhren schon im Juni zu ihren Angehörigen nach Deutschland.<<

BRD: Walter Müller-Bringmann berichtet über das Grenzdurchgangslager Friedland (x123/-120,123): >>Mitte Mai 1952. Über sechzig Gräber zählt nun bereits der Flüchtlingsfriedhof, ein schmaler Streifen Land, unmittelbar neben dem Friedhof der Gemeinde gelegen, Hier liegen sie begraben, alte Menschen und Kinder, Flüchtlinge, Kriegsgefangene, Vertriebene. Auf Friedland hatten sie ihre Hoffnungen gesetzt, alle Kräfte wurden noch einmal zusammengehauft, um diesen Ort zu erreichen Friedland wurde ihnen zur letzten Ruhestätte. ...

Vor allem kleine Kinder und ältere Leute starben in Friedland. Sie konnten nicht mehr weiter, waren durch Flucht und Strapazen völlig ausgepumpt, überanstrengt, überfordert. Sie blieben hier. ...<<

16.05.1952

BRD: Im Bundestag wird das Gesetz über den Lastenausgleich verabschiedet. Wegen ungelöster Finanzierungsprobleme erfolgt die Auszahlung der Hauptentschädigungen jedoch erst ab 1959.

23.05.1952

DDR: Das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" wird erlassen.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über die Staatsanwaltschaft der DDR (x009/416): >>... Ihren Abschluß fand die Herauslösung der Staatsanwaltschaft aus der Justiz mit dem "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" (StAG) vom 23.5.1952, "das für die Staatsanwaltschaft der DDR die Krönung ihrer Entwicklung bedeutete" (Benjamin/Melsheimer in: "Neue Justiz" ...).

Seither entsprechen Organisation und Aufgaben der Staatsanwaltschaft im wesentlichen dem sowjetischen Vorbild. Die Staatsanwaltschaft ist jetzt ein unmittelbar dem Ministerrat unterstelltes Staatsorgan mit besonderen, über den eigentlichen Justizbereich hinausgreifenden Aufgaben und Vollmachten. Nach dem StAG ist es Aufgabe der Staatsanwaltschaft, "die Aufsicht über die strikte Einhaltung der Gesetze und Verordnungen der DDR zu führen" (§ 1, Abs. 2, StAG). "Diese Aufsicht erstreckt sich auf alle Ministerien, Ämter und ihnen unterstellte Dienststellen und Einrichtungen, auf Betriebe und ebenso auf alle Funktionäre des Staatsapparates und Bürger" (§ 10, Abs. 2, StAG); diese Bestimmung deckt sich bezeichnenderweise fast wörtlich mit dem Art. 113 der Sowjetverfassung.

Entsprechend dem § 10 StAG wurde die Abteilung "Allgemeine Aufsicht" in der Staatsanwaltschaft geschaffen. In dieser neuen Funktion wird der Staatsanwalt als "Hüter der demokratischen Gesetzlichkeit" bezeichnet. "Die allgemeine Aufsicht entspricht dem Wesen des Staates und hilft bei der Verwirklichung der Politik der Regierung. Sie ist eine wichtige politische Einrichtung. Die Lösung der sich für die allgemeine Aufsicht ergebenden Aufgaben kann nur in unmittelbarer Auswertung des erklärten politischen Willens der führenden gesellschaftlichen Kraft, der Partei der Arbeiterklasse erfolgen". ... Die Staatsanwaltschaft überwacht die Strafvollstreckung und übt die Aufsicht über alle Haft- und Strafanstalten (Strafvollzug) aus. Sie wirkt im Begnadigungsverfahren mit und führt das Strafregister. –

Die Staatsanwaltschaft wird von dem Generalstaatsanwalt der DDR geleitet, dem in Bezirken der Staatsanwalt des Bezirkes und in den Kreisen der Staatsanwalt des Kreises unterstehen. Sämtliche Staatsanwälte sind den Weisungen des Generalstaatsanwaltes unterworfen; er ernannt und entläßt Staatsanwälte. Fast alle Staatsanwaltschaften sind mit der SED angehörenden Absolventen von Volksrichter-Lehrgängen besetzt. ...<<

25.05.1952

Rumänien: Zwangsumgesiedelte Volksdeutsche in Elisabethstadt, Süd-Siebenbürgen – Erlebnisbericht der E. H. (x007/406-407): >>Nach einigen Wochen fingen die Evakuierten an, sich in Elisabethstadt zu regen, denn ohne Verdienst konnte man nicht leben.

Diejenigen, die wirklich nichts mehr hatten, zwang die Not dazu. Andere, die entweder von Verwandten unterstützt wurden oder vom Verkauf ihres Besitzes lebten, mußten auch zusehen, daß sie arbeiteten, sonst hätte es bei den Behörden ... den Verdacht erweckt, daß sie noch heimliche Reserven hätten. So ging bald alles, alt und jung, Mann, Frau und Kind, als Tagelöhner auf die Felder oder auf irgendeinen Bauplatz.

Das Glück, auf einem Bauplatz als Handlanger zu arbeiten, hatte man meistens nur vorübergehend, da ... fast nur Industriebauten errichtet wurden, obgleich Elisabethstadt dafür kein günstiger Ort war. ... Auf den Feldern wimmelte es von Kronstädtern in Tirolerhosen. Sie mußten dort schwer arbeiten. Der Tagelohn für Feldarbeit betrug nur 10 Lei. Die Kinder mußten mithelfen. Sie gingen vormittags in die Schule und nachher zur Feldarbeit. Anfangs gingen die Kinder in Elisabethstadt in die deutsche Volksschule. Später, als sie einen Ausweis erhielten, und vor allem auch etwas verdienten, konnten die Kinder zur höheren Schule nach Mediasch und Schäßburg gehen. Als die Deutschen damals aus Kronstadt umgesiedelt wurden, standen einige Schüler gerade vor dem Abitur. Sie durften jedoch kein Abitur machen, obwohl es sich nur noch um 10 Tage handelte. So haben diejenigen, die nach 2 Jahren nicht

mehr die Energie hatten, sich nochmals auf die Abschlußprüfung vorzubereiten, ihr Abitur nicht mehr geschafft.

Allmählich gelang es dann vielen, eine Anstellung und eine annehmbare Wohnung zu finden. So kam es, daß manche es vorzogen, zu bleiben, als sie später die Möglichkeit erhielten, wieder heimzukehren. Eine Heimkehr war allerdings auch mit großen Kosten verbunden. Man mußte sich wieder nach einer Stellung umsehen, und bekam vor allem seine alte Wohnung nicht wieder zurück.<<

26.05.1952

DDR: Die SED-Regierung erläßt die sog. Sperrzonen-Verordnung und errichtet entlang der Demarkationslinie ein Sperrgebiet.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Sperrgebiet (x009/410): >>Das Sperrgebiet ... umfaßt den 10-m-Kontrollstreifen, den 500-m-Schutzstreifen und die 5-km-Sperrzone. –

Das Leben in der Sperrzone unterliegt zahlreichen Beschränkungen. Der Aufenthalt in der Sperrzone bedarf einer besonderen polizeilichen Genehmigung; der Aufenthalt im Schutzstreifen erfordert zusätzlich die Genehmigung des zuständigen Grenzpolizei-Kommandos. Der abgeholzte und umgepflügte Kontrollstreifen darf nicht betreten werden; es wird ohne Warnung geschossen. –

Aus dem Sperrgebiet erfolgten im Sommer 1952 umfangreiche Zwangsevakuierungen, die eine Fluchtwelle auslösten. Der politische Vorwand für die Schaffung des Sperrgebiets auf Grund der sog. Ermächtigungsverordnung war die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages vom 26.5.1952. ...<<

BRD: Die 3 Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnen am 26. Mai 1952 in Bonn den "Deutschland- oder Generalvertrag". Dieser Vertrag (geänderte Fassung vom 23. Oktober 1954) tritt aber erst am 5. Mai 1955 in Kraft.

Nach Art. 3 Abs. 1 und Art. 3 Abs. 3 des Überleitungsvertrages vom 26. Mai 1952 vereinbaren die 3 Westmächte und die Bundesrepublik Deutschland, daß die Bundesrepublik Deutschland (x151/30): >>"In Zukunft keine Einwendungen gegen Maßnahmen erheben wird, die gegen das deutsche Auslands- oder sonstige Vermögen durchgeführt worden sind oder werden sollen, das beschlagnahmt worden ist für Zwecke der Reparation oder Restitution oder aufgrund des Kriegszustandes oder aufgrund von Abkommen, die die Drei Mächte mit anderen alliierten Staaten oder ehemaligen Bundesgenossen Deutschlands geschlossen haben oder schließen werden."

Gleichzeitig normiert Art. 3 Abs. 3 Sechster Teil Überleitungsvertrag, daß "Ansprüche und Klagen gegen Personen, die auf Grund der in Absatz (1) ... dieses Artikels bezeichneten Maßnahmen Eigentum erworben oder übertragen haben, sowie Ansprüche und Klagen gegen internationale Organisationen, ausländische Regierungen oder Personen, die auf Anweisung dieser Organisationen oder Regierungen gehandelt haben", nicht zugelassen sind.<<

Der deutsche Völkerrechtler Christof Dahm schreibt später über entschädigungslose Enteignungen (x151/29): >>Die deutschen Gerichte und Gerichte anderer Staaten sind nicht gehalten, die Enteignungen deutscher Vermögen in Polen, der Tschechoslowakei und anderen europäischen Staaten nach dem Zweiten Weltkrieg im Bereiche ihrer Zuständigkeit als rechtswirksam zu behandeln.

Die dort vorgenommenen Massenvertreibungen und -Enteignungen enthalten einen so großen Verstoß gegen den internationalen "ordre public", daß sie nicht anerkannt werden müssen, ja nicht einmal anerkannt werden dürfen.<<

01.06.1952

DDR: Das "Gesetz über die Staatsanwaltschaft der DDR" tritt in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über das Rechtswesen in der SBZ (x009/354): >>Die Staatsanwaltschaft ist aus dem Justizapparat herausgelöst und in eine selbständige, unmittelbar dem Ministerrat unterstehende Behörde umgewandelt worden. Mit dem 1.6.1952, dem Tage des Inkrafttretens des "Gesetzes über die Staatsanwaltschaft der DDR" war die Sowjetisierung des Strafrechts auf dem Gebiet der Strafverfolgung, der Strafvollstreckung und des Strafvollzuges vollendet. ...

Nur noch 3 % aller Richter und 2 % aller Staatsanwälte können als ordnungsgemäß ausgebildete Volljuristen bezeichnet werden. Sämtliche wichtigen Positionen sind mit Angehörigen der SED besetzt. Es gibt keinen Leiter einer Bezirksstaatsanwaltschaft, der nicht der SED angehört; bei dem Generalstaatsanwalt sind ausschließlich SED-Mitglieder als Staatsanwälte tätig. Da den Richtern und Staatsanwälten, die der SED angehören, von Beginn ihrer Ausbildung an eingehämmert wird, daß sie als Richter und Staatsanwälte Funktionäre ihrer Partei bleiben und die Richtlinien der Partei zu befolgen haben, ist es der SED und der von ihr gesteuerten Justizverwaltung möglich, unmittelbar in die Rechtsprechung einzugreifen.

Der "Richter neuen Typus" darf nicht dem Objektivismus, sondern muß in seiner Rechtsprechung die Parteilichkeit wahren und beweisen, daß er die alte Klassenjustiz überwunden hat. Der Richter muß stets von dem Gedanken ausgehen, daß seine Urteile in erster Linie der "Gesellschaft", also dem Staat, nützen müssen. Es kommt dabei nicht auf eine nur "formelle" Anwendung des Gesetzes an, sondern auf dessen Auslegung im Sinne der SED. Der Verfassungsgrundsatz von der Unabhängigkeit der Richter ist in besonderem Maße seit Einführung des Instrukteurwesens beseitigt.

Mit der Justizreform 1952 wurden große Gebiete der Freiwilligen Gerichtsbarkeit auf Verwaltungsstellen übertragen und das staatliche Notariat eingerichtet. Auch in der Rechtsanwaltschaft wurde durch die Bildung der Anwaltskollegien eine grundsätzliche Neuordnung in Angriff genommen. Damit soll einem Vertrauensverhältnis zwischen Anwalt und Mandant vorgebeugt werden. ...<<

Am 1. Juni 1952 tritt außerdem das neue "Jugendgerichtsgesetz" in Kraft.

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen berichtet später über dieses Jugendgerichtsgesetz (x009/202): >>Bis zum 1.6.1952 galt in der SBZ noch das Reichsjugendgerichtsgesetz von 1943. Im politischen Verfahren wurden die Vorschriften dieses Gesetzes allerdings bewußt nicht angewandt; es wurden gegen Jugendliche ebenfalls hohe Zuchthausstrafen verhängt und sogar Schauprozesse durchgeführt. Begründung: "Es geht bei den in Betracht kommenden Delikten darum, die Grundlagen unserer demokratischen Ordnung zu schützen." ...

Am 23.5.1952 hat die Volkskammer ein neues "Jugendgerichtsgesetz" beschlossen, das am 1.6.1952 in Kraft getreten ist.

§ 24 Abs. 1 bestimmt, daß Jugendliche nach den Grundsätzen des allgemeinen Strafrechts, höchstens allerdings zu lebenslanglichem Zuchthaus, verurteilt werden müssen, wenn sie sich des vollendeten oder versuchten Mordes, der Vergewaltigung, der Sabotage oder eines Verbrechens gegen Art. 6 der Verfassung (Boykott-, Kriegs- und Mordhetze) oder gegen das Friedensschutzgesetz schuldig gemacht haben. Nach § 33 Abs. 2 werden diese Fälle nicht durch Jugendgerichte, sondern durch die für Erwachsene zuständigen Gerichte, d.h. also durch die politischen Strafsenate abgeurteilt.

Nach § 41 kann auch gegen Jugendliche öffentlich verhandelt werden. Aus diesem neuen Gesetz ergibt sich klar das Ziel der sowjetzonalen Strafrechtsprechung: Übergang zur Generalprävention. Strafmilderungsgründe im Sinne der westdeutschen Strafbestimmungen für Heranwachsende (18-21 Jahre) kennt das sowjetzonale Jugendstrafrecht nicht. ...

Gesellschaftsgefährliche Handlungen von Kindern und Jugendlichen unter 16 Jahren sollen - unter strikter Beachtung der Perspektiven des V. Parteitages der SED - durch Maßnahmen gesellschaftlicher Erziehung bekämpft werden. Das erfordere die Übertragung gesetzlicher

Befugnisse insbesondere auf die Referate Jugendhilfe bei den Verwaltungsbehörden, "um staatliche und gesellschaftliche Erziehungsmaßnahmen sinnvoll und mit maximaler erzieherischer Wirkung miteinander zu verbinden".<<

20.06.1952

Jugoslawien: Lebensverhältnisse von Volksdeutschen im Bezirk Pantschowa, Banat – Erlebnisbericht des Johann W. (x006/591): >>Ich durfte als Deutscher keine Fachschule besuchen. ... Für das jugoslawische Militär war ich (jedoch) nicht tot. Ich mußte einrücken und war ein ganzes Jahr Soldat. ... Obgleich ich auch dort unter ständiger Aufsicht des Sicherheitsdienstes stand, war ich ... nur einer unter vielen Menschen in grauer Uniform, denen der Geist der kommunistischen Ideologie beigebracht werden sollte. Jeder sollte ein treuer und tüchtiger Kämpfer gegen den Kapitalismus und gegen den Faschismus bzw. gegen die übriggebliebenen Deutschen werden, denn man titulierte uns immer als Kapitalisten und Faschisten. Am 20. Juni 1952 wurde ich entlassen.

Meine Frau war im Bezirk Pantschowa als Lehrerin angestellt. Natürlich wollte ich dort auch eine Arbeit finden. Ich meinte, daß mich jetzt jeder in Ruhe lassen würde, denn ich hatte schließlich den jugoslawischen Militärdienst geleistet und war ein junger Fachmann.

Mich rührte zwar niemand an, außer daß ich mich einmal bei der UDB (Amt für Staatssicherheit) melden mußte, aber Arbeit fand ich ... nicht. Man sagte einfach zu mir: "Leute wie dich, brauchen wir nicht!" 8 Monate suchte ich Arbeit, dann fand ich sie in einer Mühle in Pantschowa. Als Hilfsarbeiter erhielt ich weniger Lohn als die Frauen, die in den Abteilungen Maschinen reinigten. ...<<

24.06.1952

BRD: Der Verleger Axel Springer bringt mit der "BILD-Zeitung" einen neuen Zeitungstyp auf den deutschen Medienmarkt. Die Boulevardzeitung (Straßenverkauf) zeichnet sich vor allem durch knappe Texte und große Fotos aus. Der Preis beträgt 10 Pfennig.

09.07.1952

BRD: Bundeskanzler Adenauer spricht im Bundestag über die Nachkriegszeit im besetzten West- und Mitteldeutschland sowie die geplante Europäische Verteidigungsgemeinschaft (x156/91-100): >>... Die wirtschaftliche und politische Entwicklung der Bundesrepublik sind nicht voneinander zu trennen. Die wirtschaftliche Vernichtung Deutschlands war zuerst von den Alliierten geplant als politisches Instrument. Im Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945 wurde bestimmt: ... Bei der Organisation der deutschen Wirtschaft das Hauptgewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft und der einheimischen für friedliche Zwecke arbeitenden Industrien zu legen.

Als Richtschnur sollte dienen, daß der Lebensstand in Deutschland nicht höher sein dürfte als in dem Durchschnitt aller europäischen Länder ausschließlich Großbritanniens und der Sowjetunion, aber einschließlich der südeuropäischen und osteuropäischen Länder. Deutschland sollte die Produktion aller seetüchtigen Schiffe verboten werden. Die Produktion von Metallen, Chemikalien, Maschinen und anderen Gütern, die für die Kriegswirtschaft unmittelbar notwendig sind, sollte einer strengen Kontrolle unterworfen, die Produktionsstätten sollten zum großen Teil demontiert oder zerstört werden.

Eine derartige Umänderung und Niederhaltung der deutschen Wirtschaft war und ist natürlich nur möglich durch ein vorgesehene ausgedehntes und strenges Kontrollsystem. Ich darf in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die Sowjetunion in dem zur Zeit laufenden Notenwechsel zwischen ihr und den Westmächten verlangt, daß das Potsdamer Abkommen zur Grundlage des Friedensvertrages mit Deutschland gemacht wird.

Die Beschlüsse von Potsdam wurden zunächst in dem Industrieplan vom März 1946 im einzelnen ausgearbeitet. Und dieser Industrieplan fand die Zustimmung des Viermächtekontrollrats. Nach diesem Plan sollte die Industrieproduktion Deutschlands etwa 50 bis 55 % der Pro-

duktionshöhe von 1938 betragen. Alle darüber hinausgehenden Produktionskapazitäten sollten demontiert und entweder als Reparationsgüter ins Ausland gebracht oder an Ort und Stelle zerstört werden. ...

Es war eine bis in die kleinsten Einzelheiten gehende Beschränkung in der Produktion von Transportmitteln vorgesehen. Ja, meine Damen und Herren, sogar die Zahl der Telefone in Deutschland war genau festgelegt und in den engsten Grenzen gehalten.

Nach dem Scheitern der Moskauer Friedenskonferenz im März 1947 begannen die 3 westlichen Besatzungsmächte - jetzt für sich allein handelnd - einen neuen etwas liberaleren Industrieplan für ihre Besatzungszonen auszuarbeiten. Dieser Plan wurde am 27. August 1947 veröffentlicht. Nach diesem Plan sollte die deutsche Industrieproduktion in den Westzonen auf 90 bis 95 % des Standes von 1936 gehoben werden. ... Trotzdem sollten nach diesem Plan noch 918 Industrierwerke demontiert werden, und zwar 338 als sog. Kriegsindustrien und 580 Werke als sog. überschüssige Betriebe. ...

Im Juli 1947 kam eine Wendung. Damals machte der amerikanische General Marshall in einer Rede in Harvard den Vorschlag, daß die Völker Europas sich zu einem gegenseitigen wirtschaftlichen Hilfs- und Wiederaufbauprogramm zusammenschließen mußten. Die Vereinigten Staaten seien bereit, die hierzu nötige Wirtschaftshilfe zu leisten. Deutschland sollte in dem Programm eingeschlossen sein. ...

Deutschland hat bis jetzt unter dem Marshall-Planprogramm insgesamt 1 Milliarde 372 Millionen Dollar, das sind 5,7 Milliarden DM an wirtschaftlicher Hilfe erhalten. ...

(Zuruf von der KPD: Und wieviel Kohle und Stahl wurde gestohlen?!)

Das Washingtoner Abkommen vom 8. April 1949, durch daß das Besatzungsstatut und die Vereinigung der 3 Westzonen gebilligt wurde, enthielt gleichzeitig eine Revision des bisherigen Demontageprogramms. Von der Demontageliste wurden 159 Fabriken in den Westzonen ganz oder zum größten Teil abgesetzt, darunter 32 Stahlwerke, 88 Metallbearbeitungsfabriken, 32 chemische Werke. ...

(Zuruf der KPD: Für die amerikanische Rüstung!)

Gleichzeitig wurde die Liste der verbotenen und beschränkten Industrien nicht unwesentlich revidiert. Zum Beispiel wurde das Verbot der Aluminiumerzeugung aufgehoben, die Produktion jedoch auf 88.000 t im Jahr beschränkt.

... Die Demontagen in Berlin wurden völlig eingestellt. Durch das Petersberger Abkommen ist es gelungen, den größten Teil der wichtigsten deutschen Werke vor der Demontage zu retten.

...

Und nun, meine Damen und Herren, durch den am 26. Mai 1952 unterzeichneten Deutschland-Vertrag fallen sämtliche Begrenzungen und Einschränkungen der deutschen Produktion und des deutschen Handels fort.

Es handelt sich nur noch um 2 Ausnahmen: den Bau von Flugzeugen und die Herstellung von Atomwaffen. Die Forschungstätigkeit auf dem Gebiet der Atomenergie ist nicht mehr verboten. ...

Auf politischem Gebiet war der Zustand in der Bundesrepublik bei der bedingungslosen Kapitulation doch so, daß nur noch Gemeindebehörden wenigstens einigermaßen funktionierten. Der ganze übrige staatliche Apparat war zerschlagen. Am 5. Juni 1945 übernahmen die Alliierten die oberste Regierungsgewalt in Deutschland. Der Wiederaufbau der Verwaltungs- und staatlichen Organisation erfolgte in den 3 Zonen in verschiedenem Tempo, aber im wesentlichen nach dem gleichen Schema. ...

Im Dezember 1946 vereinbarten die amerikanischen und britischen Behörden die Zusammenlegung ihrer Besatzungszonen in wirtschaftspolitischer Hinsicht. ... Auf Grund des Londoner Deutschland-Kommuniqués wurde am 1. Juli 1948 die Bildung einer verfassunggebenden Versammlung und einer zentralen Regierung vorgeschlagen. ...

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich nun einen Blick werfen auf die Entwicklung in der Sowjetzone. ...

Im Oktober 1949 konstituierte sich die provisorische Volkskammer. Im Juni erkannte die Sowjetzonenregierung in einem Abkommen mit Polen die Oder-Neiße-Linie als endgültige Grenze an ...

Im Gegensatz zu den finanziellen Hilfeleistungen an die Bundesrepublik im Rahmen des Marshall-Planes wurden in der sowjetischen Zone an die Besatzungsmacht in verschiedenster Gestalt in der Zeit von 1945 bis 1951 Werte in Höhe von insgesamt 31 Milliarden DM abgeführt.

(Abgeordnete der Regierungspartei: Hört! Hört! – die Abgeordnete Strohbach fragt: Was ist bei uns herausgeschleppt worden? Das möchten wir auch gern hören!) ...

... Nach 1945 rüsteten die Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich ab ... Im Gegensatz zu ihnen hielt die Sowjetunion nicht nur ihre Rüstung bei, sondern sie baute sie fortgesetzt aus. Sie schritt schon 1945 zu aggressiven Handlungen gegenüber Griechenland. Die Kämpfe in Griechenland dauerten bis 1947. Sie wurden beendet zugunsten Griechenlands durch die Unterstützung der Vereinigten Staaten und Großbritanniens.

Die Sowjetunion versuchte ferner im Jahre 1946, in Persien einen Aufstand zu erregen. Hier wurde sie durch die UNO zum Rückzug gezwungen. Dann versuchte sie durch die Berlin-Blockade, Berlin auszuhungern, um die Übergabe Berlins an Sowjetrußland herbeizuführen. In den gleichen Jahren vernichtete Sowjetrußland die Selbständigkeit der jetzt zu Satellitenstaaten gewordenen Länder. Unter Bruch der zwischen den Alliierten und diesen Staaten geschlossenen Friedensverträge ging die Sowjetunion überall nach der gleichen Methode des Kalten Krieges vor. ...

Von den Vorgängen die im Ostblock als "freie Wahlen" bezeichnet werden, geben die Zahlen, die ich Ihnen jetzt mitteilen werde, ein überzeugendes Bild. In Albanien siegte im Dezember 1945 die Einheitsliste der nationalen Demokratischen Front mit 95 %.

In Bulgarien siegte die Vaterländische Front im November 1945 mit 80 %, im Dezember 1949 mit 97 %.

In Polen siegte der Block der Nationalen Einheit im Januar 1949 mit 89 %. In Rumänien siegte der Regierungsblock im März 1948 mit 97 %.

In der Tschechoslowakei siegte die Einheitsliste der nationalen Front im Mai 1948 mit 90 %.

In Ungarn siegte die Unabhängigkeitsfront im Mai 1949 mit 98 %.

Und sie wissen alle, meine Damen und Herren wie die Einheitsliste in der Sowjetzone bei den "freiesten Wahlen", wie sie dort genannt wurden, mit fast 100 % gesiegt hat. ...

Der Krieg in Korea im Sommer 1950 führte einen neuen Abschnitt in dem Verhältnis der Westmächte gegenüber der Sowjetunion herauf. ... In Kenntnis der Gefahren, die ihnen aus der von der Sowjetunion verfolgten Politik drohten, schlossen sich nunmehr eine Reihe von Mächten im April 1949 im Atlantikpakt zusammen. Im Februar 1952 traten Griechenland und die Türkei bei, so daß jetzt im Nordatlantikpakt 14 Staaten vereinigt sind. ...

Ein Angriff auf ein Mitglied gilt als Angriff gegen alle. ...

... Wie schnell die Entwicklung des Verhältnisses der Bundesrepublik zu den Mächten Westeuropas und die Entwicklung in Westeuropa selbst sich geändert haben, ergibt sich aus folgendem. Am 10. Dezember 1944 schloß die französische Regierung mit der Sowjetunion einen auf 20 Jahre berechneten Bündnisvertrag, der sich ausdrücklich und ausschließlich gegen Deutschland richtete. Am 4. März 1947 schlossen Frankreich und das Vereinigte Königreich in Dünkirchen ein 50jähriges Bündnis, das ausdrücklich gegen Deutschland gerichtet war. Am 12. März 1948 schlossen Großbritannien, Frankreich, Belgien, die Niederlande und Luxemburg in Brüssel ein 50jähriges Bündnis, das laut seiner Präambel für den Fall der Erneuerung einer deutschen Aggressionspolitik gedacht war.

Und, meine Damen und Herren, am 26. Mai 1952, wurde in Bonn der Deutschlandvertrag und am 27. Mai in Paris der EVG-Vertrag unterzeichnet, Verträge, durch die nach ihrer Genehmigung Deutschland zum Verbündeten der Westmächte wird.

... Der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft wird, wie ich schon ausführte, die Integration Westeuropas ein großes Stück vorwärts bringen. ...

(Zuruf von der KPD: Bis zum Ural!) ...

Die Bundesrepublik steht noch unter Besatzungsstatut. Sie ist unbewaffnet. Sie ist nicht in der Lage, sich zu verteidigen. Sie ist - und darauf lassen sie mich besonders hinweisen - zur Zeit rechtlich gesehen nur Objekt politischer und strategischer Überlegungen. ... Deutschland ist zudem noch geteilt. So liegt es zwischen den beiden großen Machtsystemen, die ich eben geschildert habe. Es liegt mitten in einem Spannungsfeld zwischen Ost und West, und zwar an einer besonders gefährdeten Stelle. ...

Wenn wir Mithandelnde werden, können wir auch unsere Kraft dafür einsetzen, daß die bestehenden Spannungen zwischen Ost und West auf friedlichem Wege gelöst werden.

Bleiben wir Objekt, so haben wir diese Möglichkeit nicht.

Und welches würden nun die Folgen der Ablehnung der Verträge sein? ...

... Eine Folge der Ablehnung der Verträge durch die Bundesrepublik würde ein Fiasko der bisherigen Politik der Westmächte gegenüber der Bundesrepublik bedeuten.

... Das Scheitern der bisherigen Politik der Westmächte bezüglich Deutschlands in Verbindung mit dem dadurch verursachten diplomatischen Gewinn Sowjetrußlands würde die Westmächte höchstwahrscheinlich zu einer grundlegenden Überprüfung ihrer Politik gegenüber Deutschland, Europa und Sowjetrußland veranlassen. ...

Das Besatzungsstatut würde bestehen bleiben. Wegen der unsicheren Haltung der Bundesrepublik würde das Vertrauen, das wir uns bisher bei den Westmächten und in der ganzen Welt erworben haben, verlorengehen.

Die Handhabung des Besatzungsstatuts würde gegenüber dem jetzigen Zustand eine Wendung zur verschärften Kontrolle nehmen.

... Es ist behauptet worden, die Genehmigung der beiden Verträge mache die Wiedervereinigung mit der Sowjetzone unmöglich. ... (Zuruf von der KPD: Das stimmt ganz genau!)

Ich halte diese Behauptung für falsch. ...

Es ist richtig, daß die Wiedervereinigung in Freiheit nur mit Zustimmung der 4 Alliierten, also auch mit Zustimmung Sowjetrußlands erfolgen kann.

Ich bin der Auffassung, daß es klug ist, wenn man sich für diese Politik die Hilfe von wenigstens 3 von vieren zunächst sichert, wie wir das im Deutschlandvertrag tun. ...

Ein Gesamtdeutschland, wie es bis jetzt Sowjetrußland in seinen Noten fordert, also ein neutralisiertes Deutschland, ein auf dem Boden des Potsdamer Abkommen errichtetes Gesamtdeutschland ist für uns nicht möglich. ...

Das eine ist sicher, meine Damen und Herren: Wenn wir die Verträge nicht unterzeichnen, verbessern wir die Aussicht auf Wiedervereinigung Deutschlands in keiner Weise.

... Ich bin der Überzeugung, daß man einen hochgerüsteten totalitären Staat nicht dadurch von einer Aggression abhält, daß man möglichst schwach bleibt. ...

Als Hitler aufrüstete, ist zunächst von seiten der anderen europäischen Staaten und von seiten der Vereinigten Staaten von Amerika nichts geschehen.

Weil Hitler wußte, daß diese Länder, militärisch schwach waren, hat er in dem Augenblick, als er glaubte, er sei stark genug, um einen schnellen Sieg zu erlangen, losgeschlagen.

Hätte man damals, als Hitler aufzurüsten begann, in den anderen Ländern auch die Verteidigungskräfte vermehrt, so würde Hitler niemals den Krieg gewagt haben. ...<<